

 Bildung in NRW:

# Handeln statt Hadern.



Bildungspolitische Anregungen von jüngeren  
Funktions- und Mandatsträgern der NRW-SPD.

Köln, 01. November 2002

**SPD**

## Bildung in NRW:

Wir wollen der bildungspolitischen Diskussion der NRW-SPD einen radikalen Anstoß geben. Deswegen haben wir uns – unabhängig von eventuellen Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Punkten – auf ein gemeinsames Thesenpapier verständigt.

Anja Bastigkeit	SPD-Unterbezirk Köln
Guido van den Berg	SPD-Unterbezirk Erftkreis
Martin Börschel	SPD-Unterbezirk Köln
Martin Bornträger	SPD-Unterbezirk Euskirchen
Bernd Coumanns	SPD-Unterbezirk Erftkreis
Thomas Eiskirch	SPD-Unterbezirk Bochum
Tanja Heinemann	SPD-Unterbezirk Paderborn
Susana dos Santos Herrmann	SPD-Unterbezirk Köln
Annika Hungerberg	SPD-Unterbezirk Leverkusen
Arno Jansen	SPD-Unterbezirk Neuss
Christian Joisten	SPD-Unterbezirk Köln
Uli Kelber	SPD-Unterbezirk Bonn
Thorsten Kröger	SPD-Unterbezirk Bochum
Klaus Krützen	SPD-Unterbezirk Neuss
Nicole Mathejczyk	SPD-Unterbezirk Bottrop
Jochen Ott	SPD-Unterbezirk Köln
Jürgen Preuß	SPD-Unterbezirk Wesel
Olaf Schade	SPD-Unterbezirk Ennepe-Ruhr-Kreis
Uwe Schmitz	SPD-Unterbezirk Euskirchen
René Schneider	SPD-Unterbezirk Wesel
Michelle Schumann	SPD-Unterbezirk Herne
Alexander Vogt	SPD-Unterbezirk Herne
Michael Zalfen	SPD-Unterbezirk Rheinisch-Bergischer Kreis

### Kontakt über:

Martin Bornträger  
Elsa-Brändström-Straße 27  
53879 Euskirchen  
eMail: M.Borntraeger@freenet.de  
Phone: 0163-2632983

# Handeln statt Hadern!

## Selbstverwaltung verwirklichen - Standards setzen - Verantwortung einfordern

Kaum ein Thema wird zur Zeit so leidenschaftlich diskutiert wie das „Megathema“ Bildung. Dutzende von Kommissionen präsentieren ihre Arbeitsergebnisse, verschiedenste Denkschriften der letzten Jahre beleuchten das Bildungswesen, immer neue Agenden werden verfasst. Einig sind sie sich alle in ihrer mehr oder weniger scharf formulierten Kritik am Bestehenden. Lamentiert wird in der gesamten Republik – im Norden wie im Süden, von konservativer wie von progressiver Seite. Warum also ein weiterer Beitrag zu diesem Thema?

- Auch wenn TIMSS und PISA den Druck auf die politisch Verantwortlichen merklich erhöht haben, so hat dieser Umstand zunächst nur dazu geführt, dass die Polarisierung zugenommen hat. Alte Gräben einer überkommenen Bildungsdiskussion der 70er werden neu ausgehoben.

- Die fieberhafte Suche von Medien und politischen Konkurrenten nach Ursachen und Verantwortlichen brachte mehr Verwirrung als Aufklärung. Parteitaktische Überlegungen (gerade im Bundestagswahlkampf) instrumentalisierten das Thema als Schauplatz einer virtuellen Diskussion ohne echte Lösungsintentionen.

- Trotz dieser vermeintlichen Aktualität scheint die Riege der verantwortlichen Bildungspolitiker erstarrt zu sein und in unerklärlichen Passivität zu verharren. Reformen werden nur unter Finanzierungsvorbehalten diskutiert. Die notwendige Debatte wird damit unangemessen verengt. Zugleich wird dadurch der falsche Eindruck verstärkt, dass Verbesserungen im Bildungsbereich zwangsläufig höhere Ausgaben nach sich ziehen müssen.

- Besitzstandswahrung und tief verwurzeltes Misstrauen der an Bildung beteiligten Akteure (Lehrerverbände, Gewerkschaften, Elternvertretungen, Schulaufsicht, Ministerien) untereinander lassen eine konzertierte Aktion schon im Ansatz scheitern.

- Zu guter Letzt muss ernsthaft in Frage gestellt werden, ob die an diesen Diskussionen an vorderster Stelle Agierenden überhaupt in der Lage sind, sich den Herausforderungen zu stellen, mit denen die zukünftigen Generationen im Bildungsbetrieb konfrontiert sein werden.

Die Vorstellungswelt und Bedürfnisse der heranwachsenden Generation werden von den politisch Agierenden nicht wahrgenommen. Sie müssen aber auch deutlich formuliert werden!

Dieses Papier formuliert daher Grundforderungen einer jungen Generation von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus NRW, die sich mit dieser verfahrenen Situation nicht abfinden möchten. Zu viel steht auf dem Spiel!

Das Thema Bildung ist das Schlüsselthema für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Nur wenn Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen frühzeitig die richtigen Weichen stellen, können auch in Zukunft notwendige Gestaltungsräume erhalten bleiben. Das Vertrauen in die Handlungskompetenz der sozialdemokratischen Bildungspolitik, der Sozialdemokratie überhaupt, hängt unmittelbar mit diesem Thema zusammen.

Wir jungen Mandats- und Funktionsträger in der NRW-SPD sind davon überzeugt, dass die Grundauffassungen der SPD in Bildungsfragen richtig sind und weiterhin gelten müssen. Bildungspolitik muss Aushängeschild für eine moderne Gesellschaftspolitik der Sozialdemokratischen Partei bleiben. In den 60er und 70er Jahren waren wir stolz darauf, soziale und gesellschaftliche Hürden im Schul- und Hochschulwesen abzubauen. Wir haben unzähligen Menschen, die in den alten Strukturen benachteiligt

waren, eine Chance für eine hochwertige Ausbildung gegeben und Zugänge zu Deutschlands höchste Schulen auch für Kinder aus weniger begüterte Familien ermöglicht. Die Bildungspolitik der SPD hat zahlreiche Wählerinnen und Wähler begeistert und überzeugt; das wollen wir wieder erreichen. Die Vermittlung und Umsetzung der sozialdemokratischen Grundwerte von Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität sind wieder stärker zu betonen. Es geht darum, der Bildungspolitik wieder ein sozialdemokratisches Profil zu geben. Ein Wettlauf um die nicht finanzierbare Neueinstellung von Lehrkräften hat nichts mit sozialdemokratischen Werten zu tun. Für uns ist Bildungspolitik vor allem ein gesellschaftliches Projekt. Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Soziale Gerechtigkeit muss sich endlich auch in unserem Schulsystem wiederfinden.

Die nachfolgenden Thesen zielen in erster Linie auf die Aktivierung und Ausnutzung der bestehenden Potenziale. Das bedeutet auch, dass keine weiteren utopischen finanziellen Forderungen gestellt werden. Die bisher im System enthaltenen Ressourcen müssen intelligenter und zielgenauer eingesetzt werden. Dazu müssen Kompetenzen gebündelt und Mittel dort eingesetzt werden, wo sie unmittelbar Wirkung erzielen.

Wir vertrauen darauf, dass eine mutige und zeitnahe Dialog die Lethargie vieler im Bildungswesen Engagierter aufbrechen wird und so eine neue Eigendynamik entsteht. Die vielen, teils missglückten, Versuche, mit immer neuen Verordnungen, Regelungen und Experimenten der Misere zu beenden, haben die Beteiligten zermürbt, verunsichert und keine durchgreifenden Verbesserungen gebracht.

Daher wird bei einem Neuanfang auch die Frage gestellt werden müssen, ob die bisher Verantwortlichen, die sich bereits in vielen Auseinandersetzungen mit den handelnden Akteuren aufreiben mussten, die zukunftsfähigen Repräsentanten dafür sein können!

Die Stärke unseres Bildungssystems liegt in den 142000 Lehrerinnen und Lehrern, dazu den Tausenden Pädagoginnen und Pädagogen, die jeden Tag und dies in vielen Fällen seit vielen Jahren den Kindern und Jugendlichen Halt und Anerkennung geben, sie erziehen und ihnen Fach- und Methodenwissen beibringen. Für viel Geld wurden diese Fachleute ausgebildet, viele qualifizieren sich weiter, viele entwickeln neue Ideen, um jeder neuen Generation in einer angemessenen Form zu begegnen. Trotz stärker werdender Belastung, gerade in sozialen Brennpunkten, leisten Lehrerinnen und Lehrer, (Sozial-) Pädagoginnen und Pädagogen jeden Tag einen konkreten Beitrag zur Bewahrung des sozialen Friedens, helfen den jungen Menschen Perspektiven in unserer Gesellschaft zu entwickeln und sorgen dafür, dass Deutschland auch in Zukunft seinen stärksten Rohstoff, gut ausgebildete junge Leute, zur Verfügung hat.

Bürokratie, Erlasse, Gesetze, Wünsche, Forderungen, Theorien – jeden Tag prasseln schöne Ideen, aber auch grober Unfug auf die direkt Verantwortlichen ein.

Sie sollen ihr Bestes geben, aber wer fragt sie nach ihrer Kompetenz. Die Motivation und Leistungsbereitschaft dieser Bildungsfachleute ist der Schlüssel für die Leistungsfähigkeit unseres Schulsystems.

Deshalb plädieren wir dafür: Gebt den Fachleuten die Verantwortung. Sie sind vor Ort, sie wissen, was Not tut! Sie haben den Blick für die Notwendigkeiten. Deshalb muss die Idee der selbstverwalteten Schule radikal verwirklicht werden! Gleichzeitig müssen nationale Bildungsstandards die zu erreichenden Ziele vorgeben.

Wer ernst machen will mit der Formel „Individualisierung in sozialer Verantwortung“, die in den Richtlinien des Landes NRW als zentraler Bildungsauftrag formuliert ist, der muss der Kompetenz in Schulen alle Freiheiten zur Selbstorganisation geben. Schulen sind Bildungsort, Erziehungsort und Lebensraum für Schülerinnen und Schüler. Ihre Förderung setzt die Anerkennung ihrer Verschiedenartigkeit ebenso voraus wie ihre Gleichwertigkeit. Die Schulen müssen den zentralen Auftrag erfüllen, die Schülergeneration von heute zu befähigen, unter sich ändernden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Wissen zu erwerben und sich zur

Persönlichkeit zu entwickeln, damit sie zukünftigen Herausforderungen gewachsen sind. Dies ist nur vor Ort und im Rahmen von Selbstverwaltung umzusetzen, weil jede Schule ihre eigenen Antworten auf ihre „Kundschaft“ finden muss!

## **Eine neue Organisation**

Jede Schule ist in Zukunft für sich selbst verantwortlich. Sie verwaltet sowohl die Sach-, Personal-, als auch Schulbaumittel eigenverantwortlich. Die Mittel werden entsprechend den Schülerzahlen zugewiesen. Schulen in sozialen Brennpunkten erhalten gesonderte Zuweisungen. Sponsorenunterstützung ist erwünscht, Werbung in Schulen muss verboten bleiben. Die Schulleiter/innen und Verwaltungsleiter/innen führen das Haus des Lernens. Kleinere Schulen können sich zu Verwaltungsgemeinschaften zusammenschließen. Ein paritätisch besetztes Gremium (Lehrer/Eltern/Schüler) berät die Schulleitung. Der Schulleiter/die Schulleiterin wird für 8 Jahre unter Berücksichtigung des Votums der Schulkonferenz vom Schulausschuss der Räte gewählt. Eine Wiederwahl ist möglich. Der Personalhaushalt kann frei genutzt werden. Ob Lehrer, Sozialpädagogen, EDV-Spezialisten oder Sprachpädagogen, die Entscheidung über die Einstellung bleibt jeder Schule überlassen. Sicherlich muss im Zusammenhang mit einer Schulstrukturdebatte auch diskutiert werden, ob Lehrer Beamte bleiben müssen.

## **Transparenz und Verantwortung**

Die Bezirksregierung als Mittelbehörde ist in Zukunft nicht mehr für Schule zuständig. Wir wollen eine Rekommunalisierung erreichen, damit transparente Strukturen für jedermann nachvollziehbar sind. Dem Land NRW obliegt in Zukunft die Kontrolle über die Einhaltung der Bildungsstandards in ganz NRW durch regelmäßige Evaluation der Bildungseinrichtungen.

Die Schulen erhalten alle Freiheiten. Sie können den Lehrplan (im Rahmen nationaler Standards) selbst erstellen, das Stundenraster festlegen. Jede Schule kann auch selbst bestimmen wann und in welchem Umfang welches Fach gelehrt wird. Freiheit und Verantwortung bedeutet aber, dass die Kontrollen der Leistungsstandards und der Qualität von Schulen – nicht nur von Schülerinnen und Schülern - sorgfältiger und regelmäßiger stattfinden muss. Deshalb wird am Ende der Stufen 6 und 9 und mit dem Abitur eine landeseinheitliche Prüfung in den Kernkompetenzen durchgeführt.

## **Schulzeit**

An Gymnasien und Gesamtschulen wird die Schulzeit um das 2. Halbjahr in der Jahrgangstufe 13 gekürzt. Die Jahrgangstufe 11.1. wird als Vertiefungs- und Wiederholungsphase gerade für Schulwechsler und Schulwechslerinnen genutzt. Interessierte Schüler und Schülerinnen verbringen dieses Halbjahr im Ausland. Ab 11.2 beginnt die zweijährige Qualifikationsphase für das Abitur. Mit den Abiturprüfungen Ende November endet die Schulzeit zum 31.12. eines Jahres.

Wenn eine differenzierte Oberstufe nicht finanzierbar ist, weil andere Prioritäten z. B in der Sek. I oder in der Grundschule gesetzt werden, dann muss sozialdemokratische Politik auch den Mut haben Entscheidungen der 70er Jahre zurückzunehmen. Vorgetäuschte Wahlfreiheit nimmt die Schüler/innen nicht ernst und ist entbehrlich.

## **Ganztag**

Für die Schule der Zukunft ist eine vernünftige die Ganztagsbetreuung unentbehrlich. Schule dauert in Zukunft von 8 bis mindestens 16 Uhr. Dabei muss nicht jeden Tag nachmittags Unterricht stattfinden. Jede Schule sucht sich Kooperationspartner vor Ort. In aller Regel sind heutzutage ortsnahe Schulangebote vorhanden. Zusätzlich finanziert der Staat - ob direkt oder über Träger - vielerorts Jugendzentren oder

Streetworker. Wir sind der festen Überzeugung, dass der Staat in Zukunft alles aus einer Hand anbieten soll. Nur so ist eine flächendeckende und finanzierbare pädagogische Betreuung von Heranwachsenden möglich. Die Jugendhilfe hat sich in den letzten Jahren stark verändert.

Es sind viele effiziente Maßnahmen entwickelt worden. Diese Flexibilität, gerade der Träger der freien Jugendhilfe, wäre wünschenswert in unseren Schulen. Trotzdem sollen die Mittel für Jugendhilfe nicht mehr separat, sondern in enger Abstimmung mit der Schule vergeben werden. Die Schulleitungen vereinbaren Kooperationen mit einzelnen Trägern, die Schule wird auch am Spätnachmittag und abends Ort der Begegnung. Bestimmte Freizeitangebote werden am Nachmittag unter Einbeziehung z.B. von Sportvereinen angeboten. Nachwuchsgewinnung kann für die Vereine durch enge Kooperation noch verbessert werden. Auch die enge Kooperation mit Hilfeeinrichtungen (Suchtprävention/Aids etc.) liegt im Interesse der Schulen.

## **Profil und Wahlfreiheit**

Je nach Standort der weiterführenden Schule werden unterschiedliche Schwerpunkte zu setzen sein. Die Eltern erhalten durch diese verschiedene Profile Wahlmöglichkeiten. Qualität und Engagement werden sich durchsetzen. Auch die Förderung für den Übergang Schule - Beruf im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und die Kulturförderung für Jugendprojekte sowie die Aktionen aus dem Bereich des Sports; alle diese Projekte, die mit viel Geld verknüpft sind, müssen in der Schule zusammengeführt werden. Kein Jugendlicher darf durchs Rost fallen. Alle müssen mit einem Abschluss von der Schule gehen. In den Bereichen, in denen das nicht möglich ist, müssen die Schulen mit Spezialeinrichtungen kooperieren. ‚Alles aus einer Hand‘ muss für Kinder- und Jugendpolitik der Zukunft gelten. Dabei geht es nicht darum die Träger zu ersetzen, sondern nur die Zuständigkeiten und die Evaluation in die Schulen zu verlagern. Schule soll nicht alles leisten, aber sich selbstständig Fachleute in die Schule holen und diese finanzieren können.

## **Besondere Förderung**

Der Kindergarten muss einen eigenständigen, dem natürlichen Wissbegieren der Klein- und Vorschulkinder entsprechenden, gesetzlichen Bildungsauftrag erhalten. Spielerisch müssen Kindern Sprache, motorische, musische und soziale Fähigkeiten nahe gebracht werden. Zugleich ist ihr Interesse am Lernen und ihre Eigeninitiative und Phantasie auch in so jungen Jahren zu fordern und zu fördern.

Um für alle Kinder Chancengleichheit beim Schulstart zu gewährleisten ist die Einführung der Kindergartenpflicht unerlässlich.

Die guten Ergebnisse etwa der skandinavischen Länder bei der Pisa-Studie sind auch auf eine bessere Verzahnung der Kindergärten mit den Grundschulen zurückzuführen. Bei den Grundschulen muss dem Wohnortprinzip der Vorrang vor dem bei den weiterführenden Schulen einzuführenden Prinzip der Wahlfreiheit (Profilbildung) eingeräumt werden. Ansonsten würde in bestimmten Bereichen eine weitergehende Verschärfung sozialer Brennpunktsituationen unterstützt.

Die Schulen in sozial benachteiligten Gebieten werden wenig Eltern finden, die mitwirken oder gar finanzielle Unterstützung bieten können. Auch Sponsoren wird es hier kaum geben. Deshalb ist es nötig hier Zusatzförderung zu gewährleisten. Dazu gehört grundsätzlich, weniger Kinder in einer Klasse zuzulassen und eine besondere Sprach- und Erziehungsförderung anzubieten. Bereits vor dem ersten Schuljahr muss die Sprachfähigkeit der Kinder angeglichen sein. Sonst haben viele Kinder, sowohl deutsche als auch Migranten, aus bestimmten Gebieten oder Stadtvierteln keine Chance. Daher soll mit jedem Kind im Kindergarten ein Sprachfähigkeitstest durchgeführt werden. Bei nicht ausreichender Sprachfähigkeit bekommt das Kind noch im Vorschulbereich verpflichtend eine spezielle Sprachförderung. Um die

Lernmotivation und die Fähigkeiten der Kinder mit Migrationshintergrund zu steigern, muss ihre natürliche Mehrsprachigkeit mehr als bisher als Chance begriffen werden. Wer Integration will, muss Kindern auch die Chance dazu geben. Außerdem muss der Staat das Recht auf Bildung durch eine Ausweitung der Schulpflicht durchsetzen. Entscheidungen der Schule zum Wohle der Kinder, z.B. Klassenfahrten, Schulschwimmen und Sexualekunde, dürfen nicht durch Eltern unterbunden werden können.

## **Leistung und Lernen**

Leistungsträger fit zu machen und zu fordern ist für uns sehr wichtig. Wir müssen von der jungen Generation mehr verlangen, sie muss an Grenzen stoßen. Jugendliche wollen das auch, sie wollen Grenzen überwinden. Wer keine Ansprüche stellt, wird auch keine besonderen Leistungen erleben. Diesen Prozess wollen wir als Herausforderung, nicht als Leistungsdruck gestalten.

Leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler wollen wir mit zusätzlichen Angeboten fördern, gleichzeitig wollen wir leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler unterstützen. Auch sie müssen gefordert werden, um ihre Defizite auszugleichen. Gerade junge Schülerinnen und Schüler haben Lust auf Lernen, sie können begeistert werden, deshalb muss hier angesetzt werden. Die selbstverwaltete Schule gibt die Möglichkeit, verstärkt Fachkräfte (z.B. Sprachtherapeuten) in die Schule zu holen, um die Forderung und die Förderung vom Kind her anzugehen.

## **Identität, Heimat und Werte**

Wenn es wahr ist, dass die fehlende Heimat und fehlendes Zugehörigkeitsgefühl für die Heranwachsenden zu Beginn des neuen Jahrtausends die großen Probleme sind, und dass viele Familien den nötigen Halt nicht mehr bieten können, dann kann nur der Staat versuchen, einen Teil zu substituieren. Heimat und Identität bedeuten nicht reaktionäre Vorstellungen zu verwirklichen, sondern die heutige Schule zu überwinden, indem sich die Kinder in der Schule wohlfühlen, indem sie wissen, dass es dort Menschen gibt, die für sie da sind (z.B. Klassenlehrer/innen).

Schulfarben und ein gemeinsamer Auftritt in Schulmannschaften dienen dem Zusammenhalt. Schulkleidung verstärkt diesen Effekt: Wir gehören zusammen, wir sind gleichberechtigt. Dies wirkt einem modebezogenen sozialen Druck, der hohe Kosten verursacht, entgegen. Wir wollen die Persönlichkeit stärken nicht die Trend-Püppchen und Trend-Paschas. Wir haben bereits heute Schuluniformen, diese sind nur wesentlich teurer.

Erziehung ist ein zentrales Anliegen. Regeln und Grenzen müssen erlernt, Grenzübertreter müssen geahndet werden. Die wachsende Kultur der Gleichgültigkeit muss überwunden werden. Stattdessen brauchen Kinder und Jugendliche konsequente, nachvollziehbare und berechenbare Reaktionen. Lob und Tadel müssen sich ausgleichen. Werte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Leistungsbereitschaft müssen einen hohen Stellenwert haben. Aber auch Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Höflichkeit, Verlässlichkeit und Ordnungssinn müssen vermittelt und durchgesetzt werden.

Eltern und Lehrer müssen Hand in Hand in einem Erziehungsbündnis zusammenstehen. Nicht im Gegeneinander (insbesondere bei Sanktionen und Interventionen), sondern im Ringen um Erziehung und einem guten Miteinander muss das Wohl der Kinder im Mittelpunkt stehen.

## **Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern**

Alle Lehrerinnen und Lehrer von Klasse 3 bis 13 erhalten unabhängig von der Schulform die gleiche Ausbildung. Die Ausbildung der Lehrer/innen muss verstärkt pädagogisch

sein. Zwar ist ein hohes fachliches Wissen auch in Zukunft notwendig, es muss aber eindeutig festgestellt werden, dass der Umgang mit den Kindern in der heutigen Zeit nach solidem pädagogischem Handwerkszeug schreit. Ein verstärkter Praxisbezug ist deshalb schon in der ersten Phase der Ausbildung notwendig. Unterschiedliche Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern nach Schulformen ist ebenfalls ein unerträgliches Relikt. Der Hauptschullehrer, der in einem Brennpunkt unterrichtet, ist sicher höher belastet als jeder Deutsch LK Lehrer mit 18 Schülern am Gymnasium. Leistungsanreize, Zulagen und Prämien sollen die Motivation steigern.

In der zweiten Phase findet die Ausbildung nur noch an der Schule statt. Der Schulleiter ersetzt den Seminarleiter. Es gibt ein intensives Coaching durch Fachleute, nicht Fachleiter, eine pädagogische Theoriebegleitung und ein Managementtraining für alle, z.B. Zeitmanagement, Präsentation, Konfliktmanagement etc. Die Ausbildung wird auf 1,5 Jahre verkürzt. Das erste halbe Jahr dient der Einführung daran schließt sich ein Schuljahr zur Begleitung und Beobachtung an.

## **Integration und Durchlässigkeit**

Eine erneute Schulstrukturdebatte ist notwendig. Wir müssen darüber reden, dass die Bildungspolitik in Deutschland alle pädagogischen und entwicklungspsychologischen Erkenntnisse der Forschung ignoriert. Ein Schulsystem mit 6 Jahren Grundschule und dann weiterführende Schulen mit einem zweigeteilten durchlässigen System, zum einen auf die berufliche zum anderen auf die universitäre Ausbildung bezogen, ist der einzig sinnvolle Weg.

Die alten ideologischen Schlachten unserer Väter und Großväter aus den 70ern sind wir leid. Insbesondere die konservativen Linken mit ihrer einseitigen Gesamtschulideologie, aber noch viel mehr die unerträglichen konservativ Rechten mit ihrem preußischen Ruf aus dem 19. Jahrhundert nach Klasseneinteilung der Menschen in gymnasiale, mittlere und einfache Bildung haben mit den Menschen des 21. Jahrhunderts nichts mehr zu tun. Der europäische Vergleich im Rahmen der Pisa-Studie hat deutlich gezeigt, dass es ein Irrglaube ist, anzunehmen, dass "die Guten" am besten lernen, wenn sie unter sich sind, und "die Blöden" auch am besten lernen, wenn sie unter sich sind. Das Gegenteil ist der Fall. Unser extrem aufgegliedertes Schulsystem ist eines der Kerngründe für das schlechte Abschneiden im internationalen Maßstab. Im Übrigen zeigt die Entwicklung momentan, dass die Realschule zunehmend Schüler und Schülerinnen gewinnt. Die Eltern wollen sich nämlich bzgl. des Bildungsweges ihrer Kinder alles offen halten. Die Durchlässigkeit des Systems ist von entscheidender Bedeutung.

## 12 Punkte für eine neue Bildungspolitik

1. Radikal selbstverwaltete Schule: Schulleiter/in, Verwaltungsleiter/in und ein paritätisch besetztes Leitungsgremium managen ihre Schule selbst. Personal-, Sach- und Schulbaumittel werden selbst verwaltet. Die gesamten Mittel werden nach Schülerzahlen vergeben.
2. Jugend- und Schulministerium, sowie Jugend- und Schuldezernate werden zusammengelegt. Alle Mittel für Kinder und Jugendliche müssen von einer Hand ausgegeben werden.
3. Die Schulen finanzieren sich durch öffentliche Mittel, durch Sponsorengelder und durch eigene Stiftungen. Schulen in Brennpunkten werden zusätzlich gefördert.
4. Die Schulabteilung der Bezirksregierungen werden rekommunalisiert.
5. Die Evaluation wird vom Land wahrgenommen. Qualitätskontrollen, z.B. durch regelmäßige zentrale Tests in den Kernkompetenzen, werden in allen Schulen in NRW durchgeführt. Es werden Standards für Methodenkompetenz und notwendige Inhalte für ganz NRW formuliert.
6. Alle Schulen können sich in diesem Rahmen so entwickeln wie sie es für richtig halten. Stundenpläne, Fächerverteilung, Stundentakt, Lehrpläne - alles wird freigegeben. Jede Schule entscheidet, was im jeweiligen Umfeld sinnvoll, notwendig und angemessen ist. Die Schulprofile der weiterführenden Schulen ermöglichen allen Eltern und den Kindern und Jugendlichen Wahlmöglichkeiten.
7. Die Schulzeit an Gymnasien und Gesamtschulen wird auf 12, 5 Jahre verkürzt. Das ermöglicht eine Schulentlassung zum 31.12. Die Jahrgangsstufe 11.1 ist Angleichungs- oder Auslandshalbjahr.
8. Die Schule in NRW dauert mindestens von 8- 16 Uhr. Dabei kann nachmittags auch Unterricht stattfinden um differenziert zu fordern und zu fördern. Durch Kooperationen mit den Trägern der Jugendhilfe wird zudem ein Freizeitprogramm am Nachmittag möglich. ‚Alles aus einer Hand‘ muss für Kinder- und Jugendpolitik der Zukunft gelten.
9. Jede Schule entwickelt ihre eigene Schulkleidung. Sportliche und andere Wettbewerbe zwischen den Schulen werden verstärkt durchgeführt.
10. Der Besuch des Kindergartens wird verpflichtend. Altersgerechter Deutschunterricht soll helfen, bis zum Schulbeginn einheitliche Sprachkenntnisse zu ermöglichen. Vorhandene Defizite sollen bis zur 1. Klasse durch verpflichtende Förderkurse ausgeglichen werden.
11. Das Bündnis für Erziehung wird in jeder Schule zwischen Eltern und Lehrern geschlossen. Gemeinsam werden Werte vermittelt, Grenzen gesetzt und Kindern und Jugendlichen wird geholfen, eine Perspektive für ein gutes Leben zu entwickeln.
12. Die Lehrerausbildung wird an die Schule angebunden. Pädagogische Aspekte gewinnen an Bedeutung, der Praxisbezug wird verstärkt und Managementtrainings werden verpflichtend eingeführt. Alle Lehrer von Klasse 3-13 erhalten die selbe Ausbildung.